



Elisabeth
Meyer-Renschhausen

Low Budget Academics

Freischaffende Akademikerinnen, unsichtbar

Ich habe es erst bemerkt, als Studentinnen mich danach fragten. Es machte sie neugierig, wie ich so durchkam, ohne Festanstellung. Aus ihrer Sicht gehörte ich zu einer neuen Art Berufsabenteurer. Sie erzählten mir, dass die Absolventen der Hochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Pioniere im Job-Erfinden wären. Statt Anstellungen im öffentlichen Dienst anzustreben, schafften sie sich ihre eigenen Tätigkeitsfelder. Anfangs meist mit viel unentgeltlicher Arbeit, danach weiterhin deutlich unterbezahlt. Aber immerhin mit Projekten, die man inhaltlich vertreten kann und für die es sich wirklich lohnt, sich einzusetzen: wie Jugendzentren in Problemstadtteilen, Mädchenläden in den Ghettos, Behindertenwohngemeinschaften – Gründungen, die vom Staat manchmal gern übernommen wurden.

Eine Verbleibstudie des Otto-Suhr-Instituts in Berlin ergab Ähnliches: Politologiestudenten sind in der Regel ein Jahr nach Studienabschluss immer noch erwerbslos. Ein Jahr später haben 50 Prozent von ihnen Stellen. Oft unterbezahlte, selbst geschaffene Jobs, mit denen sie in der Regel zufrieden sind. Es handelt sich meist um Tätigkeiten in Bereichen, die ökonomisch unterschätzt werden, wie etwa beim Weltfriedensdienst, der Projekte in Afrika unterstützt. In den achtziger Jahren half das Land Berlin bei derartigen Projekten. Daraus entstand die Überbrückungsfinanzierung neu entwickelter Stellen seitens der Arbeitsämter. Aber dieses gut funktionierende soziale Krisenmanagement wurde Anfang der 1990er Jahre dem Wendeprozess geopfert.

Sabbatjahre

Ich war jahrelang von einer Arbeit an die nächste geraten. Es begann mit gesellschaftspolitischer Bildung für Arbeiter und führte von dort zu Modellseminaren für externe Abiturienten und Sozialhilfeempfängerinnen an Volkshochschulen. Dadurch kam ich an die Hochschule für Sozialarbeit und bald darauf als wissenschaftliche Mitar-

beiterin an eine Universität. Dass damals bereits die ersten Sparzwänge existierten, bekamen wir noch kaum mit. Wir erhielten Zweidrittelstellen. Im letzten Drittel sollten wir uns weiterqualifizieren, also die Doktorarbeit verfassen. Praktisch beschränkte sich das Nebenher-Proporzieren auf die Semesterferien. So war ich nach meinen fünf Jahren ganz zufrieden, als ein Jahr Arbeitslosigkeit mir ermöglichte, meine Dissertation fertig zu schreiben.

Danach arbeitete ich drei Jahre in einer Schule für Erwachsenenbildung und ging dann wieder in die Forschung. Die sich nach zwei Jahren anschließende erneute Erwerbslosigkeit bemerkte ich kaum, da ich noch an meinem Forschungsbericht schrieb. De facto handelte es sich bei unseren aus der Arbeitslosenversicherung finanzierten Auszeiten um ›Sabbatjahre‹ in Eigenregie. Im Konsens mit den Sachbearbeiterinnen bei den Arbeitsämtern entlasteten wir so den Arbeitsmarkt und praktizierten eine Art Umverteilung der bezahlten Arbeit.

Diese Sabbatjahre kennt das amerikanische Universitätssystem schon lange: Dort gehört es zu den quasi zünftigen Verpflichtungen von Professorinnen, sich alle paar Jahre beurlauben zu lassen – unter Verzicht auf die Hälfte des Salärs, damit eine Vertretung angestellt werden kann und diese Hochschullehrer die Finanzierung ihrer Forschung bei einer der privaten Stiftungen beantragen können. Der dänische Staat beschloss Mitte der neunziger Jahre, jedem, der bereit war, auf einen Teil seines Lohns zu verzichten, zwecks Umverteilung der bezahlten Arbeit ein Weiterbildungs- oder Sabbatjahr zu finanzieren.

Die Exklusion der freischaffenden Intelligenz

In meinem Fall ergaben sich ab Mitte der neunziger Jahre Gastprofessuren, ›Frauenprofessuren‹, die zwar beschlossen, aber dann doch nie ernsthaft ausgeschrieben wurden. Es gab ja genügend von uns neuen Freiberuflerinnen, die bereit waren, derartige Stellen kurzzeitig zu ›vertreten‹. Wir bildeten freiwillig eine neue Niedriglohngruppe an

den Universitäten und hätten aus Leidenschaft wohl noch lange so weitergemacht, wären dann nicht Juniorprofessoren finanztechnisch praktisch auf Kosten der älteren Privatdozenten eingeführt worden. Die Gruppe, die das Modell des flexiblen Wissenschaftlers vorgelebt und angeregt hatte, wurde nun zur ›Verschrottung der Privatdozenten‹ freigegeben, wie ein Vertreter des BMBF das nannte.

Die frei schwebenden Intellektuellen in meinem Umkreis nehmen das erstaunlich stoisch, leben karg von gelegentlichen Projekten, Erspartem oder Ererbtem und vereinzelten Aufträgen, mal besser, meist schlechter bezahlt. Ich erinnere mich an das letzte Telefonat mit einer Kollegin. »Man kann halt keine Bücher mehr kaufen. Ich gehe in die Bibliothek und leihe mir die Bücher aus.« Gerlinde Wolf rechnet nicht mehr mit einer Stelle. Sie ist Ende 50, sehr gebildet und reflektiert. Ihr Doktorvater war überzeugt, dass sie an der Universität bleiben müsse. Trotz Streichungen bei den Geistes- und Sozialwissenschaften seit Beginn der achtziger Jahre schien das – dank Frauenförderplänen – noch Anfang der neunziger Jahre nicht ausgeschlossen. Als einige Jahre später immer mehr Stellen in den Kulturwissenschaften eingespart wurden, kam Gerlinde Wolf über eine Neid- und Missgunstgeschichte, die sich gegen ihren Doktorvater richtete, um die Daueranstellung. Nun hofft sie auf weitere Vertretungen, um nicht allzu verarmt ins Rentenalter eintreten zu müssen. Als Käuferin der erlesenen Produkte von Verlagshäusern, als Besucherin von Opern oder Museen fällt sie schon jetzt aus. Seit Jahren denkt sie darüber nach, in eine kleinere Wohnung zu ziehen. Aber die wäre wahrscheinlich kaum billiger, jedoch weniger zentral gelegen. Sie könnte nicht mehr alle ihre Wege mit dem Rad bewältigen und die Lesungen, Vorträge und Vernissagen besuchen, für die sie keinen Eintritt bezahlen muss. Irgendjemand ist immer interessiert, dass Gerlinde Wolf vorträgt oder publiziert. Honoriert werden wissenschaftliche Veröffentlichungen nicht, Vorträge nur mäßig. Die meisten Verlage gehen noch immer davon aus, publizierende Forscher würden seitens der Universitäten bezahlt.

Gerlinde Wolf ist nach wie vor vom Sinn ihres Tuns überzeugt. Für sie ist die Aufklärung als Beginn der ›bürgerlichen Öffentlichkeit‹ immer noch die Voraussetzung für das Prinzip Gewaltenteilung und damit Grundlage moderner Demokratien. Die ›Dialektik der Aufklärung‹, die Tatsache, dass die Aufklärung in Dogmatik umschla-

gen kann, macht ihres Erachtens auch heute noch kritisches Hinterfragen notwendig. Die Privatdozentin hat einen festen Stamm von über 20 begeisterten Studierenden und ohne ihre Seminare wäre das Lehrangebot ihres Instituts einseitig und öde. Ähnliches gilt für drei gleichaltrige Kolleginnen ihres Fachbereichs, die jeweils von Studentinnen stark nachgefragte Veranstaltungen anbieten, die es ohne sie nicht gäbe. Anerkannt wurde das im Fall dieser vier Frauen – immerhin – durch die Verleihung einer ›außerplanmäßigen Professur‹. Damit haben sie zwar einen Titel (apl. Prof.), aber das hilft ihnen nicht über das Problem hinweg, dass sie für eine Veranstaltung pro Semester nur 153,38 Euro ›Pauschale‹ erhalten, ein krasses Ungleichgewicht, das trotz allseitigem Beschweigen das Betriebsklima verschlechtert. Die Kommunikation unter den Kollegen versiegt. Nicht nur zwischen den Bestbezahlten und den Unbezahlten, sondern zunehmend auch zwischen den abgesicherten beamteten Professoren. Eine ausufernde Konkurrenz zerstört auf die Dauer die Kooperationsfähigkeit aller, zu große Gegensätze in den Einkommensverhältnissen führen dazu, dass man sich aus dem Weg geht. Die Depression erfasst auch jene, die sich noch in Amt und Würden befinden. Sie verlieren den Mut. So fördert das drastische Sparen an Universitäten die Austreibung des Geistes aus der Alma Mater.

Hannes Mercier, gleichfalls Ende 50, betreibt das Geschäft eines freischaffenden Forschers bereits jahrelang. Immer mal wieder bekommt er einen Forschungsauftrag, der ihn für drei – zunehmend häufiger nur noch zwei – Jahre finanziert. Dazwischen versucht er, seine Aufsätze bei den wenigen Zeitschriften unterzubringen, die ein Honorar entrichten. Noch besser ist, erklärt er mir kollegial, etwas in der Presse unterbringen zu können. Die zahle am besten, zumindest bis vor kurzem, bevor die Krise auch die Tageszeitungen erfasste. Damit entsteht für ihn allerdings künftig echte Not. Denn nach dem derzeitigen Hochschulrahmengesetz – dessen Geltung allerdings nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts infrage gestellt wurde – sind Zeitverträge in Forschung und Lehre auf insgesamt zwölf Jahre begrenzt worden. Diese Politik trifft in erster Linie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in befristeten Projekten sowie Habilitierte, also genau diejenigen, die bisher einen nicht unerheblichen Teil der Forschungsarbeit und Lehre leisteten. Die Paradoxie dieser Gesetzgebung liegt darin, dass immer mehr Flexibilität erreicht werden soll, fak-



tisch aber gerade die beruflich Mobilien aus dem Wissenschaftsprozess ausgeschlossen werden.

Selbständige Akademiker

Statt freischaffende Forscher zu reglementieren, könnte der Staat aufgreifen, was die Krise als Chance bereits hervorgebracht hat. Bela Nagý ist eigentlich Astrophysiker. Sein Beruf verschaffte ihm – nach erfolgreicher Promotion in den Niederlanden – Forschungstätigkeiten und Gastprofessuren in den USA, Frankreich, der Bundesrepublik und Brasilien. Dort war er 1989, als der Kalte Krieg zu Ende ging. Der brasilianische Etat für Astrophysik wurde sofort drastisch zusammengestrichen. Bela Nagý verlor seine Stelle und fand keine neue. Weltweit sparten die Regierungen nach 1989 an der Weltraumforschung. Bela wandte sich der Philosophie zu. Derzeit übersetzt er einen bedeutenden ungarischen Nachkriegsphilosophen ins Deutsche und jobbt für ein Berliner Theater, das an seinen Überlegungen zur Chaostheorie interessiert ist. Er gehört jetzt zur wachsenden Gruppe der Selbstständigen in der Branche der Weiterbildung und Wissenschaftsvermittlung.

Die sehr viel jüngere Julia Vandr  hat ein beinahe fröhliches Verhältnis zu ihrer Arbeitslosigkeit. Die studierte Pädagogin hilft in einem Bioladen aus und leitet bei den ›Naturfreunden‹ ehrenamtlich eine Arbeitsgruppe. Gerade hat sie mit anderen zusammen einen neuen Verein gegründet, um gesunde, nachhaltige Ernährung in Kindergärten zu bringen. Sobald sie einen ernsthaften Sponsor gefunden haben, wird das Arbeitsamt ihnen die Bezuschussung einer Stelle bewilligen.

Geertje Bauer, 37, Diplomgeografin mit Schwerpunkt in der empirischen Sozialforschung, ist erfolgreiche Ich-AGlerin. Die Gründung der Ich-AG wird im ersten Jahr mit monatlich 600 Euro, im nächsten Jahr mit 450 und im dritten Jahr mit 240 Euro bezuschusst. De facto heißt das, dass der Staat –  ber die ersten zwei Jahre gerechnet – die Kosten für die Sozialkassen übernimmt. »In meinem Fall«, erläutert mir Geertje, »240 an die BfA und 220 an die Krankenkasse.« Geertje ist jetzt im zweiten Jahr und verdient bisher im Durchschnitt um die 600 bis 800 Euro im Monat. Zusammen mit dem Ich-AG-Zuschuss kommt sie damit über die Runden. Ob sie im dritten Jahr genügend Aufträge erhalten wird, um selbstständig bleiben zu können, ist nicht klar. Häufig sind Werkauftr ge an Freiberufler zu schlecht bezahlt, nicht zuletzt, weil sich viele unter Wert verkaufen, da sie f rch-

ten, der Auftrag ginge sonst an jemand anderen.

Geertjes gleichaltriger Freund Arne Fischer hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und kann daher auch keine Ich-AG gründen. Er sitzt stattdessen an einer Promotion über gesellschaftliche Konflikte im Naturschutzbereich. Dass ein zu kurz gedachter Begriff von Natur neue soziale Schief lagen und gesellschaftliche Konflikte hervorbringen muss, erklärt er passioniert jedem, der nur einen Funken Interesse zeigt. Mehrere Hochschullehrer bemühen sich darum, für ihn einen der selten gewordenen und schlecht bezahlten Lehraufträge zu ergattern, um mit ihm gemeinsam unterrichten zu können. Arne wohnt umsonst bei seiner Mutter am äußersten Rand Berlins und f hrt nahezu ausschließlich Fahrrad. (Die Berliner Verkehrs-Betriebe sind ihm zu teuer.) Ab und an leitet er gegen geringes Entgelt Fahrrad-Reparatur-Workshops oder Paddeltouren, organisiert Veranstaltungsreihen oder erstellt Gutachten. Bevor ich mich verabschiede, verkauft Arne mir noch schnell eine Kiste besten Apfelsafts zugunsten eines befreundeten Obstbauern. Kurzum: Arne Fischer ist ein  berlebensk nstler. In Berlin ist er damit in bester Gesellschaft.

Das wieder vereinigte Berlin ist die Stadt erfindungsreicher Pioniere von Jobcocktails aus Leidenschaft, die für ihr kreatives Umgehen mit der Krise eigentlich prämiert werden müssten. Ich w chte sie daher – nach einem Terminus aus der Filmbranche – zu Low Budget Artists ernennen. Für mich sind sie lebensnotwendige Stimmungsaufheller, weil sie ihre Zeit in soziales Engagement und ihr wenig Geld in kommunikative Tafelrunden stecken statt in Ab- und Versicherungen.

Dass einige von uns frei schwebenden Intellektuellen von den unregelm igen Vortrags- und Autorenhonoraren gerade so leben können, verdanken wir der Einrichtung der Künstlersozialkasse, die auch Sachbuchautoren und Übersetzer aufnimmt und die Kosten für die Sozialversicherung niedrig hält. Die Einrichtung einer entsprechenden Wissenschaftlersozialversicherung für unregelm ig bezahlte Forscher, ehrenamtlich lehrende oder sonst wie tätige Akademiker wäre volkswirtschaftlich sicher effizienter eingesetztes Geld als von oben verordnete Ein-Euro-Jobs. Eine solche Wissenschaftlerkasse wird bereits seit Jahren gefordert.

Die neue Wut

Aus Sicht der Entscheidungsträger und ihrer Berater aus der Wirtschaft gelten wir stellenlose Wissenschaftler als Außenseiter. Allerdings gibt es mehr stellenlose Akademiker, als die Statistik und das verräterische Schweigen in der Presse sichtbar werden lässt. Frau Schmitz vom Arbeitsamt Südwest, die ich nach ihrer Einschätzung frage, ist resigniert: »Ich bin hier seit 1986, und seitdem ist es für die Geistes- und Sozialwissenschaftler eigentlich immer schlechter geworden. Man hatte ja immer gehofft, dass es noch einmal besser würde. Lange gab es immerhin noch ABM-Stellen, sogar tariflich voll bezahlte. Ganz schlimm wurde es dann nach 1989, als auf einen Schlag alle ABM-Stellen gestrichen wurden.« Ihr Arbeitsamtbezirk Südwest zählt im August 42 105 Erwerbsuchende und 1 028 offene Stellen.

Allen Beteiligten ist klar, dass ein Studium immer noch am besten vor Erwerbslosigkeit schützt. Dazu kommt: Als Wissenschaftler stellenlos zu sein ist wie bei Hausfrauen oder Landbewohnern – zu tun haben wir immer. Wir helfen uns in Krisen durch Selbsthilfe mittels Eigenarbeit, die fließend in kostenloses Bürgerengagement übergehen kann. Diese bisher freiwillige oder von sozial engagierten Studenten entwickelte »neue soziale Arbeit« lässt sich nicht durch eine erzwungene Arbeit in Ein-Euro-Jobs ersetzen. Derlei »Reformen« ignorieren 150 Jahre ehrenamtliche Engagements von Sozialreforrieren, die nicht zuletzt von der Frauenbewegung getragen wurde. Es ist ein Menschenrecht, dass Behinderte von ausgebildeten Fachkräften oder zumindest von Kräften versorgt werden, die dazu freiwillig bereit sind. Man kann auch nicht per Ukas Unwillige verpflichten, verantwortungsbewusst Verwirrte im Altersheim zu pflegen.

Eine derartige Politik wirkt demotivierend – ich verliere jegliche Lust, sei es als unbezahlte Autorin oder unterbezahlte Privatdozentin zu arbeiten, und wundere mich manchmal, warum ich nicht mit schön matschigen Tomaten in der Tasche ins Parlament spaziere. Wir wissen doch aus der Geschichte des Deutschen Kaiserreichs, dass allzu drastische Enteignungsprozesse zu einem politischen Erdbeben führen können, dessen Folgen mörderisch sind und noch über Jahrzehnte und Generationen nachwirken.

Die Entwertung der Geisteswissenschaften im Besonderen und die Tendenz, Universitäten auf technische und ökonomische Fachhochschulen zu reduzieren, entwertet das kulturelle und kritische Potenzial, dessen die Gesell-

schaft gerade heute besonders bedarf, um den schnellen Veränderungen gewachsen zu sein.

»Die für den Hochschulbereich sehr speziell ausgebildeten Wissenschaftler werden prinzipiell dort auch benötigt, selbst wenn die öffentlichen Finanzen das so nicht zulassen.« Das lese ich bei Christian Gizewski, einem Althistoriker der TU Berlin, der eine Internetseite zum Thema erwerbslose Wissenschaftler eingerichtet hat. »Ihr Wissen entspricht oft zwar nicht einer »unmittelbaren Marktnachfrage«, wohl aber längerfristigen, investiven kulturellen und auch wirtschaftlichen Zielen und Bedürfnissen der Gesellschaft. Dass dabei betriebswirtschaftsähnliche Kosten-Nutzen-Kalkulationen schwer durchzuführen sind, macht sie nicht überflüssig.«

Es gibt – laut UNESCO-Studie – zu wenig Studierende in der Bundesrepublik Deutschland. Und es gibt ein großes Defizit an Professoren. Eine Lösungsmöglichkeit wäre, die Privatdozenten, statt ihre Situation bereut zu beschweigen, nach dem Vorbild der DDR oder auch Österreichs als Dozenten einzustellen. Eine andere Möglichkeit wäre, Lehrbeauftragte etwa nach Schweizer Vorbild deutlich besser zu bezahlen. Eine dritte wäre, eine Forschungsgesellschaft zu gründen, deren Mittel anders verteilt werden als bei der DFG (dort waren es 37,6 Prozent für die Lebenswissenschaften, 25,1 Prozent für die Naturwissenschaften, 22,6 Prozent für die Ingenieurwissenschaften und nur 14,7 Prozent für Geistes- und Sozialwissenschaften).

Ja, seinerzeit fand ich es eher amüsant, von den Studierenden als Berufsabenteurerin angesehen zu werden. Es war eine gute Basis für engagierte Seminare. Heute bin ich ambivalenter. Wenn die Reformen in Universitäten, Forschungseinrichtungen oder auch in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ausgerechnet uns flexible Low-Budget-Wissenschaftler ausbooten wollen, obschon alle nach Lohnverzicht schreien und wir diejenigen sind, die das Leben mit halbem Budget über Jahre praktisch vorgelebt haben, ist das zu viel des »Guten«. Ich staune, dass nicht öfter Leute mit einer Axt in der Hand im Arbeitsamt auftauchen und dass über diese neue Wut so merkwürdig wenig gesprochen, geforscht und gelehrt wird.